

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ aller organisirten Brauereiarbeiter.

Sämmtliche Briefe sind zu adressiren an G. Bauer; — alle Geldsendungen sind zu richten an S. Kagerl; — Versammlungsberichte und alles die Zeitung Betreffende sind zu richten an F. Krieg, sämmtlich in Hannover, Burgstraße 9, 1. Etage.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1277. Redaktion: F. Krieg, Hannover. Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mk., für das Ausland 2 Mark pro Quartal. Inserate kostet die sechsgepaltene Petitzeile 20 Pfg.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christenburgerstraße 26. — Vorsitzender der Rechtschutz-Kommission: Seb. Laut, Frankfurt a. M., Quirinstraße 9, 2. Etage. — Vorsitzender der Preß-Kommission: K. Schäfer, Linden-Hannover, Marthastrasse 1, 2. Etage.

Nr. 14.

Hannover, den 7. April 1899.

9. Jahrgang.

An alle Kollegen und Berufsgenossen!

Die Zahl der Ausständigen in Frankfurt beträgt nach der Ausperrung 548, darunter 314 Verheirathete. Am Dienstag voriger Woche haben 6 Volksversammlungen, die alle überfüllt waren, Stellung zu dem Streik und der Ausperrung genommen, und wurde überall empfohlen, das Bier der Brauereien Binding, Henninger und Stern nicht mehr zu trinken. Die Arbeiter in der Umgegend von Frankfurt haben sich dem Beschlusse angeschlossen.

Wir appelliren an das Solidaritätsgefühl der Kollegen, die Frankfurter nach besten Kräften zu unterstützen, damit der Plan der Herren Besitzer zu Schanden wird. Die Arbeiterschaft von Frankfurt und Umgegend wird hoffentlich den Uebermuth der Herren dämpfen.

Alle Gelder sind an den Hauptkassirer einzusenden. Sammellisten können vom Hauptvorstand bezogen werden.

Der Hauptvorstand.
J. A.: G. Bauer.

Zum Frankfurter Lohnkampf.

Wie man ja in allen solchen Fällen zu beobachten Gelegenheit hat, so spielen sich jetzt auch die Frankfurter Brauereien als die weiße Unschuld auf, die nicht die geringste Schuld an dem heraufbeschworenen Kampfe zu haben vorgeben, doch haben sie zu sehr sich in die Karten sehen und das Spiel erkennen lassen, das schon lange in Vorbereitung war.

Die Forderungen, welche die Brauereiarbeiter an die Brauereien stellten, sowie jede Unterhandlung wurden rundweg von ihnen abgelehnt; auch nicht ein Punkt erschien ihnen auch nur diskussionsfähig. Sie glaubten jedenfalls, schon durch dieses prothige Verhalten die Erregung der Arbeiter so zu steigern, daß sie in den Ausstand treten würden. Die Arbeiter haben trotz dieser ablehnenden Antwort Verhandlungen anzuknüpfen gesucht und da die Antwort des „Kinges“ ihnen jede Verhandlung abgeschnitten hatte, wandten sie sich an die einzelnen Brauereien, von denen sie natürlich wieder an den King verwiesen wurden. Erst nachdem die Arbeiter überall schroffe Ablehnung erfahren hatten und nachdem inzwischen die Brauereien Alles in Bewegung gesetzt, um sich genügend vorarbeiten zu lassen, begann die Arbeitsniederlegung, und erst nachdem haben die Brauereien auf dringendes Ersuchen des Arbeiterssekretärs Graf großmüthigst sich in Unterhandlungen eingelassen, wie sie in der „Brauer- und Hopfen-Ztg.“ schreiben, aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung.

Also das war's! Um die öffentliche Meinung, an der ihnen so viel gelegen ist, zu täuschen, haben sie sich zu Unterhandlungen herbeigelassen, wohl wissend, daß die Zugeständnisse, die sie machten, eine Einigung unmöglich machten. Doch wenn sie mit diesem scheinbaren Entgegenkommen nur die öffentliche Meinung hinter's Licht führen konnten, hatten sie ihren Zweck erreicht.

In der Unterhandlung, die nunmehr stattfand, gingen die Herren auch damit hausiren, daß sie den Theuerungsverhältnissen entsprechend „nach Ostern“ eine Lohnerhöhung eintreten lassen wollten. Das ist nichts weiter, als großer Humbug; wenn die Lohnforderungen erst nach 10 Jahren gestellt worden wären, hätten die Herren ebenfalls „nach Ostern“ eine Lohnerhöhung, „den Theuerungsverhältnissen entsprechend“, in Aussicht gestellt, inzwischen aber nicht im Geringsten daran gedacht.

Wie sich die Herren die „Theuerungsulage“ denken, kann man ersehen aus ihrem Angebot: für die Hilfsarbeiter 20 Mk. pro Woche bezahlen zu wollen. Zu verstehen wäre dieses Anfinnen einigermaßen, wenn auch ein Heirathsverbot der Hilfsarbeiter bestände. Wie ein Verheiratheter mit 20 Mk. wöchentlich in Frankfurt auskommen soll, müßten ihm diese prothigen Herren erst einmal vormachen.

Die Angebote in der ersten schriftlichen Antwort an die Arbeitervertreter enthielten Punkte, die darauf berechnet waren, selbst bei dem größten Entgegenkommen der Arbeiter eine Einigung scheitern zu lassen.

Überall findet man das Bestreben in den Brauereien, und in Frankfurt in besonderem Maße, die theueren Arbeitskräfte durch billige zu verdrängen.

Nicht allein, daß die Hilfsarbeiter jetzt schon fast alle so viel und mehr zc. Lohn erhalten, als die Brauereien ihnen fürderhin bewilligen wollen, daß schon dieses Anfinnen eine Verhöhnung der Arbeiter bedeutet, liegt der Absicht, die Hilfsarbeiter auf dem niedrigen Lohnsatz zu belassen, lediglich die weitere wohlwollene Absicht zu Grunde, die theueren Arbeitskräfte nach und nach durch die billigeren zu verdrängen — was nach der Natur der Brauereibetriebes sich sehr gut ausführen läßt — und so die Mehrausgabe für die Lohnerhöhung für die einzelnen Kategorien in kurzer Zeit doppelt und dreifach wett zu machen. Würden die Arbeiter diesem Verlangen zustimmen, dann hätten sie selbst die beabsichtigte Lohndrückerei, die alsdann frisch-fröhlich beginnen würde, offiziell sanktionirt und die Brauereien hätten die unfehlbarste Handhabe, die Lohnsätze so zu stellen, wie es ihnen beliebt.

Doch die Herren wollen hierin sehr sicher gehen, damit sie in diesem schlaun angelegten Plane auch nicht im Geringsten gestört werden. Denn „dieses Zugeständniß“ macht nach seiner Antwort der Verband nur unter folgenden ausdrücklichen Bedingungen:

1. „Daß mit Gewährung dieser Lohnerhöhung die Arbeiterschaft sowohl als das Gewerkschaftsartell auf die Dauer von 5 Jahren, von heute an gerechnet, die ausdrückliche Verpflichtung übernimmt, weder mit Lohnerhöhung noch mit Aenderung der Arbeitsbedingungen an die einzelnen Verhandlungsmitglieder heranzutreten, wogegen der Verband sich verpflichtet, während dieser Zeit weder eine Lohnreduzierung noch Aenderung der festgesetzten Arbeitsbedingungen eintreten zu lassen.“

Man müßte über diese Naivetät lachen, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Dieses Verlangen, in seiner Gesamtheit von der Seite aus betrachtet, wie sich die Dinge thatsächlich gestalten würden, ist ebenso schlaun wie unerschämmt. Fünf Jahre sollen sich die Arbeiter binden, damit die Herren ja Zeit genug haben, um möglichst unauffällig den größten Theil der theuren Arbeiter durch billige, zu 20 Mk. pro Woche, zu ersetzen. Eine Lohnreduzierung wollen sie sich verpflichten, beileibe nicht vorzunehmen! Das haben sie auch gar nicht nöthig, um doch ihre Absicht zu erreichen. Sie brauchen nur die Personen zu wechseln, das wäre ihnen nach den Vereinbarungen nicht verboten, gleichfalls wie sie sich das Recht der sofortigen Kündigung ohne jeden Grund vorbehalten wollen; und nach 5 Jahren können die Herren, wenn's ihnen beliebt, lauter Arbeiter zu 20 Mk. pro Woche haben — ohne Lohnreduzierung! Wäre der Anfangsgehalt der Hilfsarbeiter 23 Mk., so würde die Lohndrückerei im Personenwechsel sich nicht so verlohnen, und wie wollen die Herren, entsprechend den Theuerungsverhältnissen und der Arbeit, welche die Hilfsarbeiter zu leisten haben, den Lohnsatz von 20 Mk. pro Woche anders rechtfertigen?!

Die Arbeitervertreter antworteten in allen Punkten entgegenkommend; sie boten eine Tarifvereinbarung auf zwei Jahre an, außerdem beantragten sie die Einsetzung eines Tarifausschusses, zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur Hälfte aus Arbeitnehmern bestehend, und sollte auch die Regelung der Arbeitsordnung mit dem Tarifausschuß erfolgen. Da kamen sie bei den Herren aber schön an! Die Tarifvereinbarung auf zwei Jahre sei für sie völlig unannehmbar (Aus welchem Grunde? D. Red.) und die Bildung eines ständigen Tarifausschusses halten wir nicht für zweckmäßig; wir denken uns die Feststellung der Arbeitsordnung so, daß in unserem Verbands ein Entwurf ausgearbeitet wird, der zunächst in einzelnen Betrieben den Arbeitern oder, wo Arbeiterausschüsse bestehen, diesen zur gutachtlichen Aeußerung vorgelegt wird. Aus dieser Erwägung können wir zur Bildung jenes Ausschusses unsere Zustimmung nicht geben.

Wie viel Prothigkeit und Jesuitenkünste hier miteinander gepaart sind! Die Herren geriren sich als „Organisation“, aber die Organisation der Arbeiter anzuerkennen, dazu ist ihr Hochmuth zu groß. Der Verband der Brauereien will den Entwurf ausarbeiten und nach Belieben in einzelnen Brauereien zur gutachtlichen Aeußerung den Arbeitern vorlegen. Der Entwurf würde schon so gehalten sein, daß die Arbeiter völlig wehrlos würden, und wenn die gutachtliche Aeußerung gegen den Entwurf ausfiel, was dann? Nun, dann wären die Herren an keine andere Instanz, beispielsweise an keinen Tarifausschuß, ge-

bunden und könnten thun und lassen, was ihnen beliebt; die Arbeiter wären ihnen vollständig überantwortet. Der Tarifausschuß könnte auch vielleicht auf die Lohndrückerei aufmerksam machen und Maßnahmen dagegen treffen wollen, und das wäre für die Herren fatal; ihrem innigsten Herzenswunsch würde vielleicht ein Kiesel vorgeschoben, oder wenn sie denselben gar zu sehr in den Vordergrund stellen würden, würden sie ihre geheimsten Pläne offenbaren und das wäre wieder nicht nach ihrem Sinne; folglich wollten sie mit den Arbeitern in den Betrieben, die an die Vereinbarungen gebunden werden sollten, einzeln umspringen, wie es ihnen beliebt, während die Herren in allen Fällen vollständig freie Hand haben wollen. Dieses Verlangen kann nur einem deutschen Prothenhirn entspringen!

Die Herren wissen, daß ihre Bedingungen unerschämmt und unannehmbar für die Arbeiter sind, und das sollen sie auch sein. Sie wollten den Kampf, sie wollten die Unterdrückung der Organisation; sie wollten „Ruhe“ haben in den Betrieben, die „Ruhe der Ausbeutung“, an der sie sich durch Niemand stören lassen wollen. Hat doch Herr Henrich selbst erklärt — der sich die Millionen von den Arbeitern hat zusammenschinden lassen und diese Millionen jetzt benutzen will zur Unterdrückung und noch größeren Ausbeutung der Arbeiter — daß es sich um eine Machfrage handelt; haben die Herren sich doch schon lange darauf vorbereitet und vereinbart, in gegebenen Fällen ein Viertel ihrer Arbeiter auszusperrn. Die Frage der Bezahlung der Ueberstunden für die Bierfahrer, welche als Scheiterungsgrund von ihnen angeführt wird, ist nur ein Verlegenheitsgrund; hierin wäre sicher eine Verständigung erzielt worden, wenn die Herren wollten.

Die Organisation der Brauereiarbeiter hat schon mehrere solche planmäßig vorbereitete Gewaltakte überwunden und ist, entgegen den Wünschen solcher Herren, immer mehr gewachsen; sie wird auch diesen Ausfluß der Prothigkeit und noch andere, die kommen werden, überwinden und wird weiter wachsen. Die Arbeiter kommen immer mehr zur Erkenntniß, daß der Banpyp Kapitalismus ihnen unbarmherzig ihr Blut und Lebensmark aussaugt, um sie dafür mit Hungerlöhnen abzuspesen; sie wissen, daß sie für die Verbesserung ihrer Lage kämpfen müssen, wollen sie eine Verbesserung erzielen; sie sind zu kämpfen gewohnt und werden auch dieses Mal ihre Schuldigkeit thun! Ob aber die Dividenden schlucker den kommenden Ausfall am Gewinn auch so leicht verwinden werden und ob ihnen nicht hange davor wird, brauchen wir nicht zu beantworten. Jedenfalls wird's heiß! Brauereiarbeiter, laßt es an Euch nicht fehlen!

Die Frankfurter Brauereien sind auf dem Gebiet der Täuschung der Oeffentlichkeit sehr bewandert. In dem Handelskammerbericht für 1897 steht wörtlich Folgendes: „Im Durchschnitt beschäftigten die Frankfurter Brauereien 1128 Arbeiter und zahlten an dieselben 1730618 Mark an Löhnen; hiernach beziffert sich der Durchschnittsverdienst auf 1534 Mark pro Jahr = 29,50 Mark pro Woche. . . . Der Bericht über diese fälschlich angegebenen Löhne ist auch in den Gewerbeinspektorenbericht und in die verschiedensten Zeitungen aller Parteirichtungen übergegangen. Wir haben ihnen auf Grund der uns übersandten Statistik nachgewiesen, daß der Durchschnittslohn nur 23,92 Mark betrug. Und jetzt bieten die Herren den Arbeitern als erhöhten Lohn 20 bzw. 26 Mark pro Woche an und strafen sich selber Lügen.“

Allerdings behaupten sie jetzt, den durchschnittlichen Lohn von 29,50 Mark pro Woche für 1897 nur mit Hinzurechnung des Bieres herausgerechnet zu haben. Der Schwindel ist zu plump! In dem Handelskammer-Bericht steht: „zahlten an — Löhnen; danach ist von Bier keine Rede, und alle Welt hat es so aufgefaßt.“

Ob es den Frankfurter Brauereien auch dieses Mal wieder gelingt, mit ihren Plunkereien und Raiffen die Oeffentlichkeit zu täuschen?!

Die Lohnbewegung in Leipzig.

Als im Jahre 1893 die Lohnbewegung der Brauer scheiterte, war die Folge ein gewaltiger Rückgang der noch jungen Organisation am Orte. Durch die

Imaginationen der Unternehmer und ihrer Helfers-
helfer, durch Spitzerei und Unterdrückung kam es zu
Stande, daß die damals, etwa 200 an der Zahl, im
Fachverein organisierten Brauer zu einem winzigen
Gäußlein zusammenschmolzen. Anstatt, wie es nach
einem verlorenen Kampfe das einzig Richtige ist, alle
Kräfte zu sammeln und sich fester zusammenzuschließen,
um dem Unternehmertum Achtung einzufloßen, beging
der größte Theil unserer Kollegen den Fehler, die
Organisation aus Furcht vor der „Hungerpeitsche“ zu
vernachlässigen und in lethargie zu verfallen. Viele
derselben traten, wenn auch gegen ihre Ueberzeugung
und mit Widerwillen, dem hiesigen Brauerverein (Bund
deutscher Brauergesellen) bei, dessen Führer, durch die
weitgehendste Unterstützung der Unternehmer ermuthigt,
einen wahren Terrorismus ausübten und etwaige Ein-
stellungen in die Brauereien vom Beitritt zum „Bunde“
abhängig machten, sich überhaupt als „Herren der
Situation“ fühlten und Sachen vollbrachten, die un-
begreiflich erscheinen, z. B. der 5 Mk.-Obolus. So
kam es, daß in den folgenden Jahren, von 1893—98,
eine gedrückte Stimmung unter unseren Berufsgenossen
am Orte herrschte; von einer gesunden, offenen, freiheit-
lichen Bewegung keine Spur. Nicht nur einmal,
sondern sehr oft waren wir gezwungen, Kollegen, die
dem Bunde angehörten, gegen Uebergriffe und Willkür
ihrer Vorgesetzten zu schützen durch Verhandlungen mit
den Unternehmern und durch Anrufen der öffentlichen
Meinung. Das winzige Gäußlein hat es verstanden,
sich Achtung zu verschaffen. In den Gemüthern der
übergroßen Mehrzahl der Kollegen freilich gährte die
mit Gewalt niedergedrückte Unzufriedenheit und das
Verlangen nach besseren Verhältnissen. Erst als im
Januar dieses Jahres die Verbandskollegen der Brauerei
C. W. Naumann, Leipzig-Blagwitz, die von jeher den
Kern der Organisation bildeten, durch den Bevoll-
mächtigten des Verbandes die Forderung an die Brauerei
richteten: Zahlung eines Mindestlohnes von 28 Mk.
pro Woche bei Aufgabe der Fremdwohnung in der Brauerei,
Regelung der wochentägigen und sonntägigen Arbeitszeit, wurde
es wieder lebendig hier in Leipzig unter den Brauereiern.

Da die Firma C. W. Naumann zu einer zu-
stimmenden Erklärung nicht gelangte, weil die den
Brauereiern zugewiesenen Wohn- und Schlafräume allen
an „solche Räume zu stellenden billigen Anforder-
ungen“ genügten, die 14tägige Lohnzahlung und der
gezahlte Mindestlohn aber auf Vereinbarungen zwischen
den vereinigten Brauereiern und der Gehilfenschaft be-
ruhe, machte sich ein zweites Schreiben an die Herren
Naumann nöthig, in welchem ihnen auseinandergesetzt
wurde, daß der allgemeine Widerwille gegen das
faßeremäßige Wohnen in der Brauerei bei Aufstellung
der Forderung maßgebend gewesen sei; weiter sei nicht
eine Verkürzung, sondern eine Regelung der täglichen
Arbeitszeit und eine Regelung der sonntägigen Arbeits-
zeit dergestalt gefordert worden, daß die Brauer jeden
zweiten Sonntag vollständig frei haben. Beides wurde
von dieser Brauerei sofort bewilligt. Im Uebrigen
verwiesen die Herren auf den Verband der Brauereiern
Leipzigs und Umgegend, der allein kompetent sei zur
Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Einem
einzelnen Betriebe sei es verboten, über die vom Ver-
bande gezogenen Grenzen hinauszugehen.

Wenn oben erwähnte Forderungen nicht von vorn-
herein allgemein gestellt wurden, so geschah dies mit
Rücksicht auf die noch geringe Zahl von Verband-
kollegen in den übrigen Brauereiern. Einmal an die
Unternehmer-Organisation verwiesen, wurden dieser die
Forderungen: Wochen-Mindestlohn von 27 Mk. bei
Aufgabe der Fremdwohnung in der Brauerei, Regelung
der wochentägigen und sonntägigen Arbeitszeit, am 20. Februar
zugestellt. Der Verband der Brauereiern bedauerte in
seiner schriftlichen Antwort, den Forderungen nicht zu-
stimmen zu können, weil nach seinen Erkundigungen
die Mehrzahl des in den Leipziger Brauereiern be-
schäftigten Personals die Wohnung in der Brauerei
und den Monatslohn beizubehalten wünschte. Als die
Mehrzahl galt den Herren die führenden Personen
des Bundes und hiesigen Brauervereins, die durch
offenbare Unerbittlichkeit die Forderungen zu Fall
bringen wollten. Selbstverständlich konnte die so
wichtige Ablehnung der Forderungen uns nicht be-
friedigen, eine weitere schriftliche Verhandlung hätte zu
keinem Ziele geführt, und so ließ man nur eine schrift-
liche Widerlegung an den Verband der Brauereiern ab.
Nachdem das Gewerkschafts-Kartell von dem ablehnen-
den Standpunkt der Unternehmer unterrichtet, erklärte
es sich mit den Brauereiern solidarisch und beschloß in
seiner am 5. März abgehaltenen Versammlung, eine
Kommission zu wählen, welche mit dem Verbande der
Brauereiern in mündliche Verhandlungen treten sollte.
Es wurden dazu gewählt vom Kartellvorstand die
Herren Gajß und Wilsdorf, von der Gewerkschaft der
Brauer Kollege Stöcklein. Nachdem diese Kommission
Herrn Direktor Reinhardt, dem Vorsitzenden des Ver-
bandes der Brauereiern, die Forderungen nochmals
mündlich unterbreitet und begründet hatte, tagte am
23. März eine Sitzung der Unternehmer, welche beschloß,
in jeder Brauerei eine gemeinsame Abstimmung über das
Außerhalbwohnen vorzunehmen. Räume für das Außer-
halbwohnen eine Majorität zu Stande, so werde das-
selbe obligatorisch eingeführt werden für alle Brauereiern.
Die Abstimmung ergab 229 für, 121 gegen das
Außerhalbwohnen. Ein Resultat, welches sowohl die
Herren Arbeitgeber wie die Führer der Bundesgesellen
höher nicht erwartet hatten.

Nachstehend die Abschrift des in der endgültigen
Verhandlung aufgearbeiteten Protokolls:

In der am 29. März 1899 zu Leipzig, Peters-
steinweg 19, in „Ulrich's Bierpalast“ stattgefundenen
kombinirten Sitzung a) des Verbandes der Brauereiern
Leipzigs und Umgegend, zu welcher 18 stimmberechtigte
Mitglieder vertreten waren, b) der Delegation des
deutschen Brauereier-Bundes, bestehend aus den
Herren Buron, Löwenstein, Krieger und Weinert,
und c) der Kommission des deutschen Brauer-Verbandes
(Arbeiter-Kartell), bestehend aus den Herren Wilsdorf,
Stöcklein und Böttich, sind die vom Verbande der
Brauereiern Leipzigs und Umgegend heute zufolge des
Schreibens vom 20. Februar 1899 der Kommission
gefaßten Beschlüsse:

1. Das Außerhalbwohnen der Brauer wird vom
16. April 1899 in den Verbands-Brauereiern
obligatorisch eingeführt.
2. Der Mindestlohn für Brauer wird vom 16. April
1899 ab auf 26 Mk. pro Woche festgesetzt und
wöchentlich ausbezahlt. Nebenbezüge jeglicher Art,
auch Weihnachts-Gratifikationen, kommen in Wegfall.
Eine weitere Steigerung dieses Lohnes wird dadurch
gewährt, daß vom 16. April 1900 ab den von diesem
Lohnsahne berührten Brauereiern eine jährliche Zulage
von 50 Pfg. wöchentlich gewährt wird bis zum
Magimallohnsahne von 28 Mk. pro Woche.
3. Kleineren Brauereiern mit einem Malzverbrauch von
unter 5000 Zentnern jährlich ist es gestattet, einen
niederen Lohn zu zahlen, doch muß der Mindestlohn
23 Mk. pro Woche betragen, einschließlich der
Wohnungsschädigung.
4. Alle früheren Vereinbarungen über Brauerlöhne
werden durch die Annahme der heutigen Beschlüsse
außer Wirksamkeit gesetzt.
5. Die Sonntagsarbeit wird in der Weise geregelt, daß,
wenn nöthig, jeden Sonntag ohne besondere Ent-
schädigung 3 Stunden gearbeitet wird.
6. Bezüglich der 10 stündigen Netto-Arbeitszeit wird es
jedem einzelnen Betriebe überlassen, dieselbe seinen
Verhältnissen entsprechend zu regeln und wünscht
man, hierbei jede Rücksicht auf die Arbeiter zu
nehmen. Es liegt im Interesse einer jeden Brauerei,
Nacht- und Sonntagsarbeiten, die nicht unbedingt
nothwendig sind, zu vermeiden.

allerseits genehmigt und unterschrieben worden.
Für den Bund deutscher Brauergesellen:
G. Buron. A. Löwenstein. A. Krieger. J. Weinert.
Vom Zentralverband der deutschen Brauer:
E. Stöcklein.

Für den Kartellvorstand hier:
Hermann Wilsdorf. August Böttich.
Der Verband der Brauereiern Leipzigs und Umgegend:
Fr. Reinhardt, Vorsitzender.
Nachr.-Sekretär Franz Lindner, Schriftführer.
F. A. Oberländer. Ernst Bauer. F. Brünings.
G. Wilsch. ppa. Gebr. Thiem: Wiedtmartler. G. Adag.
B. Lapp. Carl Berndt. Brauerei Jöbinger. G. Baumann.
Ed. Rohland. A. Pottkämper. H. Heppner. B. Ermisch.
M. A. Offenbauer. J. A. Frei. Sped. v. Sternburg.
Otto Naumann. A. Liebster. F. A. Ulrich. Kiebed. u. Ko."

Wenn das Resultat auch nicht allen Erwartungen
entspricht, so werden wir durch Annahme vorstehender
Beschlüsse doch ein gut Stück vorwärts kommen auf dem
Wege zur Stärkung unserer Organisation, mit deren
Hilfe weitere Erfolge zu erringen sein werden. In der
am letzten Sonnabend abgehaltenen Versammlung wurde
das Protokoll den Kollegen zur Beschlußfassung unter-
breitet und zur Annahme empfohlen, welche nach lebhaf-
ter Aussprache folgende Resolution nahezu einstimmig
annahm: Die am 1. April im „Koburger Hof“ tagende
öffentliche Versammlung der Brauer erkennt die in der
kombinirten Sitzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer
des Berufes am 29. März gefaßten Beschlüsse in Bezug
auf das Wohnen außerhalb der Brauerei bei einem
Wochenmindestlohn von 26 Mk., einführbar am 16. April
1899, an. Sie hält es jedoch für ganz selbstverständlich,
daß den bereits höher entlohnten Brauereiern dieser höhere
Lohnsatz garantiert bleibt. Die wochentägigen und sonntägigen
Arbeitszeit ist gemäß den gefaßten Beschlüssen zu regeln.
Besonders ist darauf zu sehen, daß jeder zweite Son-
ntag vollständig dienstfrei ist."

Mit Annahme dieser Resolution ist die Macht der
Bundesgesellen gebrochen und Leipzigs Kollegenschaft
wird in Zukunft dafür sorgen, daß sie in der Organi-
sation denjenigen Platz einnimmt, der ihr mit Zug und
Recht gebührt.

Sozial- und Steuerpolitisches aus der Schweiz.

Die Schweiz wird oft ganz allgemein als ein sozial-
politisches Musterland charakterisirt. Nun ist es wohl
wahr, daß hinsichtlich der Organisations-, Rede-
und Versammlungsfreiheit unser kleines Land
das mächtige Deutschland, Deutschland über Alles
weit übertrifft; betrachten wir hingegen dieses „Muster-
ländchen“ von der Seite, die durch Arbeitergesetz-
gebung und soziale Fürsorge für die wirtschaftlich
schwächeren Massen gebildet wird, so verliert die
Schweiz ihren Nimbus und die Charakterisierung der-
selben als sozialpolitisches Musterland verliert nahezu
jede Berechtigung.
Beim Anblick nach Demeisen für diese an sich
schwere Behauptung fällt unser Blick auf das revisions-
bedürftige Fabrikgesetz. Schon sein Alter von
20 Jahren gestattet ohne Weiteres die Annahme, daß
in demselben Bestimmungen sind, die von der Ent-
wicklung in Industrie und durch die Förderung der

sozialpolitischen Praxis weit überholt sind und daher
wie Rudimente erscheinen.

Die organisierte Arbeiterschaft hat denn auch seit
einem halben Jahrzehnt eine Totalrevision verlangt,
und noch auf jedem Kongresse wurden neue Vorschläge
gemacht, allein in unserem Ministerium und Parla-
mente hat sich bis zur Stunde nicht das Mindeste ge-
regt, das den Glauben an den Beginn einer Revi-
sions-Kampagne hätte erzeugen können.

In diesen Zeiten des Beharrungsstandes be-
grüßten die schweizerischen Arbeiter den internationalen
Arbeiterkongress auf's Lebhafteste. Man glaubte
allgemein, daß die Verhandlungen der Sozialpolitik
neue Impulse geben würden, allein auch diese ausdrucks-
vollen Verhandlungen haben die „Herren der Situation“
nicht aus ihrer wenig rühmlichen Ruhe bringen
können.

Nun ist die Indifferenz, die das Ministerium
gegenüber der Revisionsforderung der organisierten Ar-
beiter gezeigt, nicht einmal das schlimmste Zeichen der
verarmten sozialpolitischen Zeit. Viel schlimmer er-
scheint die fast endlose Verschleppung einer Reform,
die verunglückten und kranken Mitbürgern zu Gute
kommen soll, nämlich der obligatorischen Unfall- und
Kranken-Versicherung.

Die deutsche Arbeiterschaft „erfreut“ sich dieser
Reform schon seit mehr als einem Jahrzehnt. Und
wenn auch der Reform viele Fehler anhaften, der An-
fang ist doch schon lange gemacht.

Zweifellos dürfte sein, daß, je mehr die deutsche
Arbeiterbewegung, der man mit Recht die erste Water-
schaft dieser Reform zuschreibt, wächst, je mehr wird
es ihrem Einflusse und ihrer ethisch-revolutionären
Kraft gelingen, die bürgerlich-bureaucratisch zuge-
schnittenen Reformwerke im sozialen Geiste fortzuent-
wickeln und sie zu formen wissen, daß aus ihr ein
wahrhafter Wohlthatsquell wird. Die Intelligenz und
Solidarität, die in der deutschen Arbeiterbewegung an-
gesammelt ist, bürgt für einen derartigen humanitären
Ausbau.

Bei uns nun in der Schweiz fehlt noch jeder An-
fang zu dieser dringend nothwendigen Reform. Wohl
haben das Ministerium und Parlament sich seit Jahren
damit befaßt und in der letzten Session den Entwurf
berathen, doch die eigentliche, so sehrlich erwünschte
Abschließung und Berathung und die Einleitung der
Volksabstimmung wird immer wieder von der einen
in die andere Session gerzert und hinausgeschoben.

Hätten wir nur eine stärkere Arbeiterbewegung,
eine größere Summe Opferkraft und Idealismus in
den Kreisen unseres angeblich demokratischen Bürger-
thums, dann wäre dieser kleinlichen Verschleppungs-
und Beharrungspolitik längst ein Ende bereitet.

Die Ursachen der Verschleppung sind unter Anderem
dem Umstand abzunehmen, daß die Unternehmerklasse
bei beiden Versicherungswerken finanziell verpflichtet
wird. Daher sieht es diese Klasse gern, wenn
diese Verpflichtung so spät als möglich in Geltung
kommt.

Eine andere Ursache der Verzögerung ist die
finanzielle Verpflichtung des Bundes.

Nach der Botschaft des Ministeriums soll der
Bund jährlich für Kranken- und Unfallversicherung
7 1/2 Millionen aufsteuern. Da nun aber durch eine
derartige Leistung das Gleichgewicht des Bundesbudgets
verloren gehen müßte, andere Hilfsquellen aber noch
nicht erschlossen sind, sieht man auch hierorts die Ver-
zögerung nicht ungern. Mit diesem Hinweis berühren
wir ein sozialpolitisches Fragment, das für die
Brauereiarbeiter von großem Interesse ist.

Unsere „Agrarier“, die meistens im Besitze von
Weinbergen sind, haben schon lange Aergerniß darüber
empunden, daß die Bierbrauindustrie in Folge des
immer mehr steigenden Bierkonsums so gut prosperirt
und ihre Brautunst derart vervollkommenet hat, daß
der Wein immer mehr in den Hintergrund gedrängt
wird. Je mehr nun die Beschuldigung im Bodenbesitz
und dadurch die hypothekarische Zinspflicht zunimmt,
je weniger Sorgfalt können die Weinbauern auf die
Weinlese verwenden.

Und weil ihnen in der Weinlese die Trauben-
sondierung zu umständlich ist und nicht unbedeutende
Verpätungen im Verkauf und dadurch Gefahren einer
Verbilligung des Weines entstehen müßten, unterlassen
sie immer mehr, das Hauptgewicht auf allgemein ausge-
reifte Trauben zu legen, und verderben mit dieser
Ereißgud auf dem Weinmarke die Qualität des
Weines. Es ist daher gar leicht erklärlich, wenn sich
das Publikum immer mehr dem Bier zuwendet. Dem
soll nun „agrarisch“ entgegengewirkt werden. Deshalb
entstand in Agrarkreisen das Projekt einer Biersteuer
zur Abwendung der für den Weinbau immer gefähr-
licher werdenden Bierkonkurrenz. Es wurde berechnet,
daß die 275 größeren schweizer. Brauereiern mit rund
zwei Millionen Hektoliter Jahresabsatz bei 3 Fr. Steuer
per Hektoliter 6 Millionen Franken aufbringen und
somit den Bund aus seiner Finanzverlegenheit retten
könnten.

Dieses Projekt, das erst ganz schüchtern an die
Öffentlichkeit gebracht wurde, hat bei den Bauern so
schnell Anhang gefunden, daß der am 5. Februar in
Bern abgehaltene Bauern-Kongress sich einstimmig
dafür aussprach.

Es dürfte daher an der Zeit sein, daß die
Brauereiarbeiter das Wort ergreifen und
Stellung zu dem agrarischen Beutezug nehmen.

Selbst die kapitalistischen „Basler Nachrichten“
finden, daß dieser Griff nach einer neuen indirekten
Steuer sehr unglücklich genannt werden muß. So

leicht dürfte sich diese in Aussicht genommene Finanzquelle nicht erschließen lassen," sagt das Blatt und fährt dann fort: "Die Brauer werden sich wohl mit Nachdruck dagegen verwahren, speziell den Vorzug zu genießen, aus ihren Betrieben die für die Versicherungswerke benötigten Millionen hergeben zu müssen." Hinsichtlich der Behauptung seitens der Agrarier, daß eine Besteuerung von nur 3 Fr. per Hektoliter die Konsumenten nicht treffen würde, sondern lediglich zu Lasten der Brauereien falle, die keinen Bieraufschlag einführen könnten, sagt das Blatt: "Auch hierin huldigen jene Agrarier einem bis ans Naive streifenden Optimismus. Wir glauben vielmehr, daß die Brauereien sich im gegebenen Falle nicht lange besinnen würden, ihre Engros-Abnehmer, d. h. die Wirtschaften, zur Uebernahme eines Theiles der Biersteuer zu veranlassen, und die Wirthe, falls ein Bieraufschlag nicht gerathen erscheinen möchte, würden wohl schon wissen, durch allerlei kleine geschäftliche Tricks die auferlegte Steuerquote wieder einzubringen, so daß schließlich doch das konsumierende Publikum der eigentliche Steuerzahler wäre."

Diese Kritik berührt nur die eine Seite der Steuerfolgen und daher bedarf es noch des Hinweises auf die Folgen, die eine derartige Steuer auf die Arbeitsbedingungen der Brauereiarbeiter haben würde. Diese Folgen aber sind es, die uns veranlassen, die Brauer zur Wacht zu rufen und anzufeuern, gegen jede Besteuerung energisch aufzutreten.

Wenn das Ministerium keine Quelle zu erschließen versteht, kann es dies nur offen gestehen. Wir ermahnen dann nicht, ihm zu rathen, am dickeibigen Budget des Militarismus zu sparen oder aber auch diejeniger "Bürger" zu paden, die sich auf Kosten ihrer Mitmenschen Hunderttausende und Millionen Franks Vermögen erworben haben. Für diese Ausbeuter eine direkte Steuer, das würde einem demokratisch sein wollenden Staate besser anstehen als das Projekt der fluchbeladenen indirekten Steuer.

O. M.

Korrespondenzen.

Bamberg. Monatsversammlung vom 12. März. Unter Punkt 1 der Tagesordnung: Wahl eines 2. Vorsitzenden, wurde als solcher Kollege Georg Fischer II. gewählt. Unter Punkt 2: Wahl eines Delegirten zum Gewerkschafts-Kongress, wurde als solcher Kollege Martin Egel aus Fürth gewählt. Unter Punkt 3: Aufnahme neuer Mitglieder, wurden drei aufgenommen und vier angemeldet. Unter Punkt 4: "Verschiedenes", kamen die Verhältnisse verschiedener Brauereien zur Sprache, besonders hervorzuheben ist "Frankenbräu" hier, die Brauerei hat schon auf alle mögliche Art unseren Vorstand zu überzeugen gesucht, daß die dortigen Verhältnisse sehr geregelt wären, aber die verschiedenen Angaben beweisen, wie die dortigen Arbeiter nur hinter's Licht geführt werden, denn ein Jeder muß seine fabrikmäßigen Statuten beim Verlassen des Geschäftes einlefen. Und warum? Weil die Bestimmungen nicht innegehalten werden. Es wäre wohl eine bessere Ordnung zu schaffen, wenn alle in der Brauerei Beschäftigten sich organisirten. Offenlich wird sie das Dresdener Justizhausurtheil nicht abschrecken. Mit Genugthuung können wir konstatiren, daß wieder eine unorganisirte Brauerei zur Organisation herangezogen wurde, nämlich die Brauerei "Zum blauen Bönen", dieselbe fand seit Gründung des Ortsvereins dem Verband fern, aber jetzt Gedanken die Kollegen selbst, sich alle zu organisiren. Zu diesem Entschluß hat ein neuer Braumeister aus München auch sein Theil beigetragen, der nach Bamberg gekommen ist, um den Bambergern die Hölle ordentlich heiß zu machen. Die Organisation läßt sich aber nicht bange machen! Die Eintheilung in diesem Geschäft betreffs der Sonntagsruhe ist eine ganz geschickliche, deshalb hoffen wir, daß sich die Kollegen Bamberg's fester organisiren, damit man doch endlich einmal die haarsträubenden Mißstände beseitigen kann; das Roos der Bamberger Kollegen ist gewiß kein beneidenswertes, aber sie sind selbst ihres Glückes, hier ihres Unglücks Schmied. Alle müssen hinein in die Organisation und alle fest und tren zusammenhalten, dann wird und muß es auch in Bamberg anders werden.

Schwenge. Nachdem am Sonntag, den 19. März, bereits drei Kollegen aus Kassel eine Agitationstour hierher unternommen, versprachen einige Schwenge-Kollegen, dazu bereit zu sein, der Organisation beizutreten. Zu diesem Zwecke war am 24. März eine weitere Besprechung anberaumt, in der Kollege Heymann aus Kassel in längerer Ausführung die Ziele des Verbandes klar legte, besonders aber die Schwenge-Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer Kritik unterzog: Löhne bei Kost 5-8 Mt., ohne Kost 11,50-18 Mt., bei 14-16 stündiger, bei Bierfahrern sogar 22 stündiger Arbeitszeit. Solche Zustände ruinierten die Gesundheit der Arbeiter, ein Jeder müsse an sich und seine Familie denken und ihr den Ernährer so lange als möglich zu erhalten suchen, anstatt sich in aufreibender Arbeit zu Grunde zu richten. Dieses aber sei nur zu erreichen durch eine straffe Organisation, welcher beizutreten er die Anwesenden aufforderte. Der Genosse Koch und der Reichstagskandidat Hugo sprachen sich im gleichen Sinne aus, besonders Hugo besprach in längerer Ausführung die Lage der Brauereiarbeiter. Hierauf wurde die Zahlstelle gegründet, welche bereits 25 Mitglieder zählt, und ist zu hoffen, in wenigen Wochen alle Mann in derselben zu vereinigen. Ein Schlußwort Heymann's wurde mit Begeisterung aufgenommen und wollen wir hoffen, daß die Kollegen und Berufsgenossen endlich alle zur Einheit kommen und sich dem Verband anschließen, dann können auch in Schwenge menschenwürdige Zustände geschaffen werden.

Kassel. In der Versammlung am 23. Februar wurde die Wahl zum Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. vorgenommen. Anwesend waren 30 Mitglieder. Die Wahl fiel einstimmig auf Kollege Bauer als Delegirter und Kollege Heymann als Ersatzmann. Der zweite Punkt betraf unser Verkehrs- und Herbergswesen, jedoch wurde kein endgültiger Beschluß gefaßt und Mittwoch, den 22. März, die Diskussion fortgesetzt. Die Abstimmung ergab, daß unser Verkehrs- und Herbergswesen in die ehemalige Brauerherberge zurückverlegt werden soll. Die Herberge liegt in der Zentrale der Stadt, in der Rajenstraße, ist vom Bahnhof in 7 Minuten zu erreichen; Inhaber Christian Wegand. Der zweite Punkt betraf die Einstellungen in der Perlesbrauerei, wo in der letzten Zeit die Arbeitskräfte von außerhalb eingestellt wurden, während die Organisirten am Orte unberücksichtigt blieben. Zur Regelung dieser Frage wurde eine Kommission gewählt, welche am andern Tage vorstellig werden sollte. Dritter Punkt betraf die Umzugskosten eines gemeinschaftlich wohnenden Kollegen. Der Vorstand hat dieselbe verweigert. Es wurde in diesem Falle erwiesen, daß betreffendes Mitglied bereits 14 Mt. Arbeitslohnunterstützung zu viel erhalten, trotzdem Kollegen gegenüber unpassende Kasstrände über den Verband gekauert hat. Der Kollege hatte sich vorher um eine Braumeisterstelle bemüht, welche er auch erhielt,

aber nach einer Woche wurde er wieder entlassen. Inzwischen war seine vorherige Stelle besetzt worden, daraufhin ging er zum Brauführer der Schöfferhofbrauerei und erklärte: er wolle billiger arbeiten, er möchte ihn hoch einstellen. Die Verwaltung lehnte hierauf die Umzugskosten ab und gleichzeitig wurde der Vorstehende beauftragt, die Zahlstellen, welche zuviel ausbezahlt haben, davon in Kenntnis zu setzen und ihnen anheimzustellen, das zuvielgezahlte Geld zurückzufordern. Die Kommission welche andern Tages in der Perlesbrauerei vorstellig, erhielt vom Braumeister das Versprechen, sobald er eine Arbeitskraft bedürfte, sich an die Organisation zu wenden, da die früheren Einstellungen noch von dem verstorbenen Direktor Schmidt erfolgt seien. Galt der Braumeister sein Versprechen, so wird wohl daselbst wieder ein besseres Arbeitsverhältnis Platz greifen. Die Organisation wird darauf Acht geben, daß sie nicht wieder hintergangen wird.

Leipzig. Am 19. März fand im "Coburger Hof" eine öffentliche Versammlung der Brauer und Berufsgenossen statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Bauer über: "Die Organisation und ihre Gegner". 2. Bericht über den Stand der Lohnbewegung. 3. Gewerkschaftliches. Da dem Kollegen Bauer aus staatsrechtlichem Rückblicken zu Anfang des Vortrages das Wort entzogen wurde, trat man nach einer Pause von 10 Minuten in die Diskussion ein. Kollege Kiebler besprach die Lohnverhältnisse von 1878-94, welche höher waren als jetzt, ließ die verschiedenen Gewalttatte der Unternehmer in Berlin, Hamburg, Braunschweig Revue passiren, welche inscenirt waren, um den Verband zu vernichten. Daß ihnen dieses nicht gelungen ist, beweise nur, daß der Verband auf dem richtigen Boden stehe und eine Nothwendigkeit sei. Kiebler vergleicht ferner den Verband mit dem Brauereigenossenbund; an der Spitze des letzteren stehen Vorderburschen und solche, die es mit Gewalt werden wollen, diese vertreten nur ihre eigenen Interessen, aber niemals die Interessen der Mitglieder. Vorträge über Arbeiterschutzgesetze, Krankenkasseneinrichtungen etc. findet man in den Bundes-Versammlungen nicht, höchstens über "Feseneinrichtung". Ferner sprachen noch die Genossen Gash und Legner. Kollege Stöcklein kritisiert die "Unterstützungseinrichtungen" des Bundes, Kollege Leuchner schildert die Vorkommnisse bei der Flugblattverbreitung. In der Brauerei Kiebler sei den Flugblattvertheilern vom Postamt bedroht worden: Von Plagwitz darf keiner hier herein. Der Obermälzer der Brauerei Ulrich, der die That als Anfang vom Welken zu betrachten schien, wünschte, sie sollten in Strohheimen schlafen und dann unter Bedeckung vork Thor gebracht werden. Kollege Kiebler schildert den Ausschlag des Kollegen Gash aus dem "Bund", der nur deswegen ausgeschlossen worden, weil er den Muth besaß, sich in einer öffentlichen Versammlung in die Kommission mit wählen zu lassen. Es wurde behauptet, daß er Vertrauensmann des Bundes und gleichzeitig des Verbandes sei. Kiebler bezeichnet es als große Unwahrheit, der Kollege habe uns noch nie angehört. Er bringt ferner zur Sprache, daß ihn Kollege Schröder, Vorsitzender des Bundesvereins Leipzig, als Anarchisten bezeichnet habe, was er gleichwohl nicht Bundesgenosse sei. (Auf welchem Boden haben denn die Herren 1887 in Leipzig gestanden? Nun, des Schriftführers.) Bundesgenosse Brunert verherrlicht die Wohnungen und Schlafstätten in den Brauereien und empfiehlt den Kollegen, sie beizubehalten. Kiebler vergleicht sie mit Schlafstätten, die Nummer sei schon über jeder Klappe angebracht, es fehle bloß noch, daß man die Burschen mit Nummern rufe. Gen. Mühsdorf stellt aus den Reden Brunert's fest, daß selbiger nur abgesehen ist, um den Vorderburschen die Keulenteile zu hinterbringen. Brunert meldet sich nochmals zum Wort, weiß aber nicht, was er sagen soll, und läßt sich unter großer Geistertheit wieder nieder. Im 2. Punkt giebt Kollege Kiebler bekannt, daß sämmtliches Personal der Brauerei C. W. Naumann-Plagwitz Forderungen eingereicht habe. Für Brauer 27 Mt. und Auserhalbwohnern; für Wächter 27 Mt., bewilligt wurden 26 Mt.; für Maschinenisten 28 Mt., bewilligt wurden 26 Mt.; für Heizer 26 Mt., bewilligt wurden 25 Mt.; für Kutcher 24 Mt., bewilligt wurden 23 Mt.; für Sonntags-Dujour 1,50 Mt.; für Hofarbeiter 21 Mt.; für Handwerker 25 Mt., bewilligt wurden 24 Mt. Bezüglich der Brauer hat sich Herr Naumann bereit erklärt, die Forderung zu bewilligen, aber er müsse die Entscheidung des Brauereiverbandes erst abwarten. Es haben gegenwärtig schriftliche Unterhandlungen stattgefunden, und wurde uns in dem letzten Schreiben des Verbandes der Brauereien die Antwort zu Theil, daß in allen Brauereien Abstimmungen unter dem Personal stattgefunden hätten, und daß nach den Abstimmungen letzteres lieber im Geschäft wohnen wollte. Nach unserer Erkundigung auf allen Brauereien ist dies aber nicht der Fall. Nur in der Brauerei Bauer hat eine Abstimmung stattgefunden. Später hat Herr Naumann eine geheime Abstimmung stattfinden lassen und das Ergebnis war folgendes: Von 32 abgegebenen Stimmen stimmten 28 für und 4 gegen Auserhalbwohnen. Der Bevollmächtigte hat die Sache alsdann dem Gewerkschafts-Komitee unterbreitet. Selbiges ist auch beim Vorsitzenden des Brauereiverbandes, Herrn Direktor Reinhardt, vorstellig geworden und hat derselbe der Kommission versprochen, eine Versammlung einzuberufen, wozu die Kommission mit geladen werden soll. — Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: "Die heutige öffentliche Versammlung der Brauer und Berufsgenossen protestirt energisch gegen das von wenigen Personen gelobte System der Frei- resp. Zwangswohnungen in den Brauereien, durch welches die freie Bewegung der hier in Frage kommenden Arbeiter unmöglich und die Ueberwachung der Befinnung des Einzelnen begünstigt wird. Die Versammlung hält deshalb an der Forderung fest, bei entsprechender Wochenlohnzahlung, mindestens 27 Mt., die Freiwohnung in der Brauerei aufzugeben und für Anerkennung der Forderung eifrig einzutreten." Ein Antrag des Kollegen Kiebler, betreffs des Auserhalbwohnens in allen Brauereien eine geheime Abstimmung stattfinden zu lassen, wird angenommen. Im 3. Punkt wird Kollege Stöcklein zur Konferenz nach Halle gewählt. — Am 23. April hielten die Bundesgenossen eine für Andere nicht zugängliche Versammlung ab, die von Vorderburschen stark besucht war. Es wurde über Auserhalbwohnen abgestimmt. 62 stimmten für in der Brauerei, 46 für a u ß e r h a l b der Brauerei schlafen.

Nürnberg. Die Versammlung vom 23. März hatte folgende Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskongress. 2. Besprechung über Abhaltung eines Verbandstages. 3. Wahl eines Vereinsdieners. 4. Die Entlassung des Bierführers Angermeier, welcher durch gemeinschaftliche Denunziation die Maßregelung Schuhmann's verschuldet. 5. Wahl eines Vertrauensmannes für Brauerei Wörlein. 6. Bericht des Bundes. In Punkt 1 wurden die Kollegen Egel-Fürth als Delegirter und Keitner-Nürnberg als Ersatzmann von 191 Anwesenden einstimmig gewählt (in der Filiale Perlesbräu fielen auf die Genannten ebenfalls 16 Stimmen). In Punkt 2 wurde vorgeschlagen, in Rücksicht darauf, daß die meisten öffentlichen Versammlungen in Nürnberg stattfinden, das Verbandstages in Fürth abzuhalten und zwar am 23. Juli im Prater. Näheres wird die demnächst stattfindende Agitationstageskonferenz noch bestimmen. — Als Vereinsdiener wurde Kollege Kiebler und als Vertrauensmann für die Brauerei Wörlein Kollege Kiebler gewählt. — Ueber die Entlassung Angermeier's berichtete Keitner. Der Bierführer Schuhmann ist seiner Zeit auf Denunziation Angermeier's entlassen worden, weil er mit einem 100 Zentner schweren Fagel über den Fagelberg gefahren sein soll, wobei eines der Pferde Schaden erlitt. Trotzdem Schuhmann dies entschieden bestritt, wurde er entlassen, und namentlich trifft hierbei der größte Vorwurf dem Brauführer Angermeier. Infrakt den Fall genau zu prüfen, hat er den Braumeister beeinflusst, und auch der erste Bierführer Keitner hat bei Befragen durch den Brau-

meister Bauer nicht korrekt gehandelt. Wegen dieser ungerathenen Entlassung sei damals nur durch Eingreifen der Arbeiterorganisation eine Arbeitseinstellung vermieden worden. Wie gerechtfertigt dieselbe gewesen wäre, zeige der Ausgang des Prozesses, da Angermeier wegen falscher Anschuldigung zu 20 Mark Geldstrafe event. 5 Tagen Haft und in die Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt wurde. Jetzt, nach dem gerichtlichen Austrag, sei unserm Verlangen, das wir schon damals gestellt, nachgekommen und der Denunziant entlassen worden, womit wir uns zufrieden erklärten, da Schuhmann auf seine Arbeitseinstellung verzichtete, weil er unter dem Kommando des schneidigen Angermeier nicht mehr arbeiten wollte; doch wäre dem Letzteren sehr zu empfehlen, eine etwas passendere Handlungsweise den Leuten gegenüber sich anzugewöhnen. Auf Angermeier, der außerdem auch noch die "Luzend" an sich hat, trotzdem er Vorsitzender des Bierführer-Vereins ist, ein eifriger Gegner der Organisation zu sein, werden wir und die Bierführer, von denen ein großer Theil unserer Organisation angehört, ein wachsame Auge haben. Den Bierführern Nürnbergs liegt nur die Pflicht ob, immer mehr Fühlung mit unserer Organisation zu nehmen, da sie Ungerechtigkeiten in jeder Form entgegentritt und die Rechte ihrer Mitglieder wahr. In die unserer Organisation angehörenden Bierführer richten wir die Mahnung, alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen zu derselben heranzuziehen. — Der Versammlungsbesuch von Seiten der Brauerei Wörlein scheint sich erfreulicherweise zu bessern, es ist auch Zeit. Die Mitglieder der Brauerei Stöcklein und Wagner, Wörgeborf, sind trotz mehrfacher Anregungen seitens des Vorstandes sich noch nicht ihrer Pflicht bewußt, dadurch werden auch Verbesserungen in den Betrieben immer weiter hinausgeschoben. Beschwerden gingen ein über ein schon älteres Mitglied Schwarz, dessen Medensarten alles Andere, nur nicht die Interessen des Verbandes fördern. Es wäre zu wünschen, daß er sein Verhalten ändert, im anderen Falle wird deutlicher werden müssen. — Ein Antrag Keitner's, eine Berufsstatistik aufzustellen, welcher in der nächsten Versammlung seine Erledigung finden soll, wurde angenommen.

Tutzingen. Seit Anfang Dezember vorigen Jahres haben die hiesigen Brauer eine Zahlstelle des Zentralverbandes deutscher Brauer gegründet, seitdem hört man Manches erzählen in den Mitgliederversammlungen, welches durchaus nicht erfreulich ist. So z. B. ist in einer hiesigen Brauerei folgende Arbeitsmethode: Morgens 4 1/2 Uhr werden die Braugehilfen vom Prinzipal geweckt mit dem täglichen Morgengebet: "Jetzt wird aufgestanden, Ihr . . . macht daß Ihr raus kommt!" Dann wird gearbeitet bis 8 Uhr, dann giebt's eine Tasse süßen Kaffee, in 5 Minuten muß fertig getrunken sein, dann um 10 oder 11 Uhr ein kleines Frühstücksbrot, um 1/2 Uhr wird Mittag gegeben, in 5 Minuten muß fertig gegessen und alle wieder an der Arbeit sein; dann wird fortgewurstelt bis Nachts 1/2 10 Uhr. Den ganzen Tag hört man Titulationen und Ausbrüche, wie solche nicht einmal für das Vieh passen, noch viel weniger für einen Menschen, oder sollen vielleicht die Brauer keine Menschen sein? Trinkt Jemand ein Glas Bier, dann wird er auch angefaßt, daß ihm der Appetit vergeht und er nach einem zweiten Glas kaum Verlangen trägt. Also kurzum, ein Tag wie der andere, das ganze Jahr hindurch, daß man Luft bekommt zu Allen, nur nicht zum Leben. Auch hört man von anderen Brauereien Klagen, und sind die Wochenlöhne schlecht zu nennen, 7 bis 10 Mt. pro Woche neben der Schnell-—efferei! Doch soll sich dieses jetzt auch anders gestalten und sagen die Braugehilfen, wir wollen was anders gehört, d. h. was andere Arbeiter auch haben, eine geregelte Arbeitszeit und eine Behandlung, wie sich für Menschen gebührt, sowie auch eine wöchentliche Lohnzahlung, und zwar am Sonnabend. Angesichts dieser Uebelstände und des prozeduralen Benehmens der Brauereibesitzer haben die vereinigten Gewerkschaften folgendes beschlossen: In Anbetracht, daß hier die Arbeiter durchaus ausschlaggebend und die Hauptkonumenten der Brauereiprodukte sind, und ferner, da es den Braugehilfen nicht gut möglich ist, allein die geringen Forderungen durchzuführen, so werden die vereinigten Gewerkschaften dies besorgen und ist zu hoffen, daß dieselben auch durchgeführt werden ohne weitere Maßregeln. Die Forderungen, welche die Brauer an ihre Prinzipale stellen, sind folgende: Die Arbeitszeit soll Morgens 6 Uhr beginnen und bis Abends 7 Uhr dauern, mit 1/2 stündiger Frühstücks-, 1 stündiger Mittags- und 1/2 stündiger Vesperpause; am Sonntag von 6 bis 9 Uhr und dann Sonntagsruhe. (Jetzt scheint wohl noch Sonntags den ganzen Tag gearbeitet zu werden? D. Red.) Ueberstunden Donnerstags 30 Pfg. extra, Sonntags 50 Pfg. extra, für Sonntags-Dujour 2 Mt. extra. Für jeden Tag 7 Liter Bier und einen Mindestlohn von 10 Mt. pro Woche mit vollstündiger, guter Kost. Für Solche, die ohne Kost und Logis beim Prinzipal arbeiten, einen Mindestlohn von 22 Mt. pro Woche. Auch soll jeden Sonnabend bis Abends 7 Uhr der Wochenlohn den Gehilfen ausbezahlt sein. Ferner verlangen die Gehilfen eine ordentliche Schlafstätte und menschenwürdige, anständige Behandlung. — Es muß anerkannt werden, daß dies Forderungen sind, die sehr bescheiden sind, und werden die Braugehilfen dies durch die Hülfe der Arbeiterkraft auch erhalten. Vor allen Dingen heißt es aber, der Organisation nicht nur tren zu bleiben, sondern auch alle anderen Kollegen dem Verband zuzuführen.

Wochenschau.

— Uns wird gemeldet, daß sich der Seelenverkäufer Hipp auch in Frankfurt herumtreibt und Arbeitswillige aus München herbeizuloden sucht. Wie sich das lichtscheue Geschicht alle zusammenfindet, wo "Silberlinge" zu verdienen sind. Sein Konkurrent Bohm wird nicht besonders erbaut darob sein.

— Die neue Bavaria-Brauerei in Hamburg will am 15. April den Versand ihres Bieres aufnehmen.

— Unternehmerterrorismus. Die Holzindustriellen von Fürth haben, gleich den Unternehmern der Glasindustrie, unter Festsetzung einer hohen Konventionalstrafe die Vereinbarung getroffen, daß ein Arbeiter, der aus einem Geschäft entlassen wird oder freiwillig austritt, vor Ablauf von sechs Wochen bei anderen Firmen nicht eingestellt werden dürfe. Mehrere dergleichen Fälle sind schon bekannt geworden und einer der Unternehmer hat offen erklärt, daß eine solche Vereinbarung bestehe. Wer sich also mißliebiger macht oder seine Stellung verbessern will, der wird zuvor einer sechswohigen Hungertour unterworfen! Das ist natürlich kein Terrorismus.

— Der Plan eines nationalen Versöhnungsamtes ist in England an dem Widerstande der Unternehmer gescheitert. Der Minister für Handel und Gewerbe hatte der Vertretung der organisirten Arbeiter sowie der Vertretung der organisirten Unternehmer den Plan eines Versöhnungsamtes vorgelegt, um den andauernden Konflikten zwischen Kapital und Arbeit und den daraus entstehenden Verlusten für das Land vorzubeugen resp. Arbeitsstreitigkeiten zu verhindern oder gütlich beizulegen. Der Ausschuß der Gewerksvereine stimmte dem freudig zu und sprach dem Minister den Dank aus,

der Unternehmer-Parlamentsrath lehnte ihn ab. Die „Soziale Praxis“ knüpft hieran die Frage: „Wer ist nun in diesem Falle Anhänger und Förderer des sozialen Friedens?“ — Es ist dieser Fall bezeichnend für die Ansicht des Unternehmertums. In seinem Besten steht nichts von „Versöhnung“, sondern nur Ausbeutung und Unterdrückung und am allermeisten bei uns in Deutschland.

Lodtenliste.

Am 22. März ist unser Kollege Caspar Sch aus Kirchheim (Württemberg) im Alter von 20 Jahren gestorben. Sch war ein treues Verbandsmitglied. Wir werden ihm alle ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kollegen der Brauerei Altbeyer, Köln-Deventhal.

Am Dienstag, den 28. März 1899, starb nach 2-jährigem Krankenlager an der Proletarierkrankheit unser Mitglied und Mitbegründer der Zahlstelle Hermann Seifert im Alter von 40 Jahren. Wir verlieren in ihm ein treues Mitglied.

Möge ihm die Erde leicht sein!

Zahlstelle Gera.

Am 28. März starb unser Kollege A. Runder aus Altersdorf i. d. Gegend im Alter von 26 Jahren nach einem plötzlichen Krampfanfall, welcher ihm die Besinnung raubte. Die Beerdigung fand am Freitag unter Beteiligung des gesamten Personals, sowie der beiden Herren Braumeister der Wädler und Küpper-Brauerei statt. Auch hatten sich viele Kollegen der hiesigen und warmer Brauereien dem Zuge angeschlossen. Zahlreiche und prächtige Kranz- und Blumenpenden schmückten seines Grabes Hügel. — Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zahlstelle Eiberfeld.

Bekanntmachungen.

Bei Änderungen der Adressen von Zeitungsabnehmern ersuchen wir, dies sofort der Expedition zu melden, um unnötige Sendungen zu vermeiden. Gleichfalls ersuchen wir die Zahlstellen und Mitglieder, welche zu viel oder zu wenig Zeitungen erhalten, uns davon in Kenntnis zu setzen.

Die Expedition der Brauer-Zeitung.

Zwecks Einberufung der geplanten Agitationskonferenz ersuchen wir die Zahlstellen, ihre Vertreter zu wählen, welche sich sofort mit dem Unterzeichneten bezüglich ins Benehmen setzen mögen, damit die Einberufung möglichst bald erfolgen kann.

G. Leithner,
München, Paradiesstraße 14.

Quittung.

Für die ausstehenden Kollegen in Frankfurt a. M. ging ein: Brauerei Koch, Hanau (Liste 1) 20 Mk.; G. B., Hannover 1 Mk.; G. K., Hannover 1 Mk.; F. K., Hannover 1 Mk.; Brauerei Nischelsdorf bei Spandau, 1 Rate 20 Mk.; Gammorsche Eichen-Brauerei, Brauer (Liste 207) 17 Mk.; J. Gde, Clausthal 1 Mk.

Für die freiziehenden Kreisfelder Weber ging ein: Von den Kollegen in Erlangen 11,50 Mk.; durch Kollegen G. S., Parisstraße 520 Mk.

Zu Monat März gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein: G. O., Berlin (Sektion der Brauer) 121,25; G. S., Salzburg 6,12; G. M., Raumburg 4; F. B., Hannover (Juli) 0,80; J. D., Eggersheim (Juli) 1; A. G., Eggersheim 0,40; J. W., Kötze a. Rh. 13; J. St., Trier 10; J. Sch., Hildesheim 6; A. S., Peterhof 5,09; D. B., Hildesheim (Abonn.) 6; F. D., Altdorf 13; A. D., Gera (Juli) 1,80; J. Z., Siedlitz 2,96; D. W., Budweis 6,11; J. G., Chemnitz (Juli) 0,45; E. W., Dinnich 7; A. B., Peterhof 20; J. G., Jülich (Abonn.) 6; G. M., Raumburg 4; G. D., Jülich (Abonn.) 4; G. S., Alzey 3; J. Sch., Dillenburg 5; A. K., Heydt 3,20; G. S., Bruchsal 9,10; A. B., Peterhof 5,55; G. S., Stadthagen 12; F. Z., Rastatt 4; A. M., Jülich (Abonn.) 4; A. K., Schönbach 3; G. E., Gerolstein 4,20; A. K., Hannover 1;

M. D., Ansbach 3; J. G., Freling (Juli) 0,90; A. St., Sonneberg 13,75; F. M., Echemin 1,10; A. Sch., Hannover (Juli) 0,80; Zum Stühlfeld, Jülich (Juli) 2; P. S., Hannover 4,45; D. A., Dresden (Juli) 6; J. Sch., Bruchsal 2; G. D., Schönbach 8; A. M., Stuttgart (Abonn.) 8; J. G., Nördlingen (Abonn.) 1,50; G. Sch., Anderten 5; B. K., St.-Gallen 2,40; G. D., Götting 3; F. B., Saag 6,02; D. M., Thüngen 3; M. S., Berlin (Juli) 3; J. M., Hengersberg 5; G. B., Weh 36,30; A. M., Weidelsdorf 8; G. O., Berlin (Sekt. d. Brauer) 141,50; A. B., Götting 58,50; D. K., Stade 20; M. K., Dessau 118; A. F., Bielefeld 33,50; G. B., Nürnberg (Juli) 1; J. M., Wiesbaden 106,75; A. B., Ganau 44,40; J. G., Schwentingen 3; A. M., Dörfel 6; A. G., Götting 3; J. St., Frankfurt a. M. (Juli) 1; G. B., Reutlingen 50; A. D., Schwab.-Gmünd 62,75; F. G., Alzey 3; G. O., Kassel 75; B. K., Nürnberg (Juli) 2,20; G. D., Frankenhäuser 12; J. St., Ansbach 2; W. K., St.-Gallen 3,60; J. K., Komotau 2,97; A. St., Ronstang 3; G. S., Bismar 12,90; A. K., Freudenstadt 3; G. M., Steintal 42; G. K., Gamm 62; A. S., Augsburg 12; A. D., Bruchsal 2; J. W., Reudersdorf 4; G. D., Dörfel 81; D. Sch., Dörfel 13; G. S., Marschallengimmern 4; W. G., Maffersdorf 21,38; G. K., Berlin (Juli) 3,10; G. D., Reichenhall 3,80; F. K., Weh 24; F. M., Oberberg 3; M. F., Wälheim a. Rh. 5; J. L., Dinnich 2; A. K., Nürnberg (Juli) 0,90; M. D., Ansbach 4; E. S., Flursdorf 3; J. K., Reudamm 3; G. J., Lemate (Juli) 3,70; J. B., Meerane (Juli) 2,80; A. K., Freudenstadt 4; A. J., Fritzenwalde 20,70; A. Sch., Dörfel (Juli) 0,80; A. M., Jülich 50; J. D., Hildesheim 100; F. K., Berlin (Sekt. d. Hilfsarb.) 183,75; A. St., Hamburg (Juli) 3,50; A. G., Hannover 2; F. B., Schweinfurt 74,75; G. B., Reutlingen 58,30; A. S., Dörfel 3; J. F., Halle a. d. S. 7; A. D., Weiskens 19,05; W. L., Halle a. d. S. 250; G. S., Landskron 70; J. G., Wangen 6; J. K., Kolhaus 3 Mk. Summa: 2334,15 Mk.

Für Protokolle gingen ein: D., Bonn a. Rh. 3,60 Mk.; A., Bochum 10,80 Mk.

Verbandsnachrichten.

* Berlin. Diejenigen Kollegen, welche die statistischen Fragebogen noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, dies bis zum 20. April zu thun.

* Mainz. Die Reiseunterstützung wird jetzt von Joh. Dirth, Altmengergasse 3, Mittags von 12-1 und Abends von 7 Uhr ab ausbezahlt.

Briefkasten.

Für Inserate hat zu bezahlen: J. Wiedmüller, Düsseldorf 1,20 Mk. Baskert, Gera. Ist nicht notwendig. Es stimmt bis auf die Marken, von diesen hast Du 100 Stück zu wenig abgegeben. Ist wohl ein Rechenfehler? Besten Dank und Gruß. G. Schmeier, Tötterham. Beides erhalten. Augenblicklich wenig Raum. Offenlich bald. Besten Gruß. A. M. D., Schwabach. Laß die betreffenden Marken leben. Ich habe die Zahl 4 hier abgeschrieben, sodaß Dein Bestand ausgeglichen ist und 120 Stück beträgt. Besten Gruß.

Berichtigung.

In den in voriger Nummer angegebenen Lohnforderungen in Gamm ist zu berichtigen, daß die Mäher an den Tagen, wo die Darre früh um 3 Uhr abgeräumt wird, durcharbeiten und eine Mittagspause von 10-11 1/2 Uhr machen wollen.

In der Abrechnung vom 4. Quartal 1898 ist unter Zahlstelle Gamm unter lokale Ausgaben 1,40 Mk. zu viel angesetzt. Es muß demnach nicht 23,85, sondern 22,45 Mk. heißen. Mithin verringert sich das vorhandene Defizit von 2,80 auf 1,40 Mk. Der Kassierer.

Veranstaltungs-Kalender zc.

Berlin. (Sektion der Brauer) Sonntag, den 9. April, Vormittags 10 Uhr: Vorstand- und Vertrauensmänner-Sitzung bei Gärtner, Mollenstraße 12.

— Sonntag, den 16. April, Nachmittags 2 Uhr: Monatsversammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 a. Mitglieder werden in dieser Versammlung aufgenommen, ebenso können Beiträge bezahlt werden.

Dessau. Sonntag, 16. April, Nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung in Stelzer's Restaurant, Ballenstedterstraße.

Tagesordnung: 1. Einziehen der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Bericht von der Konferenz der Agitationskommission für die Provinz Sachsen. 5. Verschiedenes. Pünktliches und vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

NB. Anträge zur Generalversammlung sind schriftlich an den Kollegen Köpfe, Chaponstraße 31, einzureichen. (In voriger Nummer war diese Anzeige irrtümlich unter Berlin gesetzt. Die Red.)

Dormund. Sonntag, den 9. April, Nachmittags 2 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinslokale, Wittne Songert, 1. Kampfstraße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Duisburg. Sonntag, den 9. April, Nachmittags 2 Uhr: Regelmäßige Monatsversammlung. Tagesordnung wird dabei bekannt gegeben. Um vollständiges Erscheinen der Kollegen wird ersucht.

Essen. Sonntag, den 9. April, Nachm. präzis 2 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Herrn Felger, Viehofstraße. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Vorsitzende des Agitationskomitees, Kollege Hausladen (Eiberfeld) hat sein Erscheinen zugesagt, worauf alle Kollegen, besonders von Bötrop und Wülheim a. Ruhr, aufmerksam gemacht werden.

Frankenthal. Sonntag, den 16. April, Nachmittags 2 Uhr: Generalversammlung im Lokale des Herrn Reifler, „Zum Nachlicht“. Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Maifeier. 5. Verschiedenes. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Gera. Sonntag, den 9. April, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Michel's Lokal, Greizergasse 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Mornhinweg über: „Vollständiger Arbeiter“. 2. Bericht über den Ausbau eines Arbeitersekretariats am Orte. 3. Kassenbericht vom 1. Quartal 1899. 4. Anträge zur Kreisversammlung und Delegiertenwahl zu derselben. 5. Stellungnahme zur Maifeier. 6. Lokalfrage. 7. Beschlussfassung über die Abhaltung der Versammlungen im Sommer. 8. Neuwahl der Preis- und Agitations-Kommission. 9. Aufnahme neuer Mitglieder. 10. Verschiedenes. — Einem zahlreichem Besuch wird entgegen gesehen.

Hagen. Sonntag, den 9. April, Nachmittags 1 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei G. Schmid. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Halberstadt. Sonntag, den 9. April: Generalversammlung bei Ahrenholz, Kornstr. 6. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Allseitiges Erscheinen erwünscht.

Hamm i. W. Sonntag, den 9. April, Mittags 1 Uhr: Monatsversammlung bei Fellenberg. Die Kollegen von Münster, Greven, Lippstadt, Werl und Unna werden hiermit freundlichst eingeladen.

Köln. Sonntag, den 9. April, Abends 6 Uhr: Mitgliederversammlung im „Schwarzwalde“, Streitweggasse. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig, auch ersuchen wir die Kollegen, die Fragebogen auszufüllen und mitzubringen.

München. Sonnabend, den 15. April, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung der Zweigvereine Nürnberg und Jülich im Vereinslokal (Café Wert). Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Schrimmer über: „Die Hauptgrundzüge der Naturheilkunde und die Wasserkur in ihrem wahren Wert“. 2. Aufstellung einer Berufsstatistik unter Anwesenheit des Arbeiterssekretärs Dr. Braun. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Schweinfurt. Sonntag, den 9. April, Nachmittags 2 Uhr: Versammlung beim Kollegen Hofmann. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, hierzu zu erscheinen.

Sonneberg. Sonntag, den 9. April, Nachmittags 3 Uhr: Monatsversammlung im Lokale des Herrn Paschold. Tagesordnung: 1. Einziehen der Monatsbeiträge. 2. Neuwahl eines 2. Vorsitzenden. 3. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Weimar. Sonntag, den 9. April, Nachmittags 3 Uhr: Mitgliederversammlung in Hoffmann's Kaffeehaus, Ziefgasse Nr. 12. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Alle Kollegen werden aufgefordert, wegen Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Würzburg. Freitag, den 14. April, Abends 8 Uhr: Monatsversammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.

Inserate.

Wo befindet sich der Brauer Max Böker, von 1897 auf 1898 in der Löwenbrauerei in Jagen i. B.? Auskunft ertheilt die Expedition dieser Zeitung.

Um die Adresse des Kollegen Ludwig Rossmeyer, zuletzt bei der Altbeyer, Köln, ersucht Th. Liebermann, Hüllen bei Gelsenkirchen, Bismarckstr. 37.

Wo befindet sich der Brauer Conrad Lilly, im Dezember 1898 in der Brauerei König in Sed b. Aicht? Um seine Adresse bittet sein Bruder Carl, Brauerei Gebr. Werth, Duisburg a. Rh.

Wo befindet sich der Brauer Jakob Heymann, im Januar 1899 in Wachen bei Hannover? Um Auskunft ersucht die Expedition dieser Zeitung.

Unsern werthen Verbandskollegen Michael Brauer und seiner lieben Frau Gräfin Louise Wagner bringen wir zu der am 8. April stattfindenden Jahressfeier im Gasthof zum Hirsch hier die herzlichsten Glückwünsche und Segenswünsche. Die Verbandskollegen der Altbeyer-Brauerei, Halle, Stuttgart.

Unsern werthen Verbandskollegen Andreas Becken-Jebs (genannt Bock) und seiner lieben Frau Pauline Wagner bringen wir zu der am 8. April stattfindenden Jahressfeier im Gasthof zum Hirsch hier die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen von Lager-Weiler der Brauerei Selbig, Erlangen.

Die herzlichsten Glückwünsche unserem lieben Kollegen Karl Wellenhofer und seiner lieben Frau zur Vermählungsfeier. Gleichzeitig unsern werthen Kollegen Adam Bauer und seiner lieben Frau zu der am 16. April stattfindenden Hochzeitsfeier die besten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Eibshlag-Brauerei, Niedersiedten.

Stettin. Brauer-Herberge.

Theile meinen Freunden und Kollegen ergehen mit, daß ich seit dem 1. November 1898 den Brauerverkehr vom Kollegen G. Keller übernommen habe. Mein Bestreben wird es sein, durch gute Unterhaltung, sowie Speise- und Getränkevermittlung einen Jeden zufrieden zu stellen. Mit kollegialstem Gruß!

O. Schloesser, vorm. G. Keller, Stettin, Dörsch 21.

Joh. Dohm

Spezialgeschäft f. Firman, Kiel, Winterbeckerstr. 12, empfiehlt in bekannter Güte: gute, zweckhafte Handen, samt und normal, Lederhosen, Socken, warme Westen, Arbeitshosen, Eider- und Leinwand-, Holzschuhe, Knöchel-, Halbschuhe, große Hüte, Handteller, Kerze u. s. w. — Preisverantw. gratis. —

Holzschuh-Fabrik Heinr. Geissler, Leipzig, Bayerische Straße Nr. 95. Spezialität: Wasserdichte Holzschuhe für Brauereien.

Jeder Arbeiter jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Merkules tragen. Geseht Schatz angem. kleinem Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grünen und braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietenlöcher u. Kappnähte. Feine Leder-Filoz-Laschen, die Hufe (bei Entnahme von) 4 Mk. 50 Prima Randhosen-Hose 8, 5 Mk. 50 Schürze Randhose-Jacket 13, 10 Mk. — Weißes Leder-Jacket, gefüttert, zweireihig 7 Mk. 50 Weiße Leder-Hose prima Waare 3 Mk. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En détail. Berlin S., Berlin 50., Chaussee 24b, Brückstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 16. Die 13. Preisliste über gesamte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franco verschickt. Bestand von 20 Mk. an franco. — Bei Bestellung gerätigt Ausgabe der Brief- und Sendeweite und Schriftführung.

Zum Schutz der Organisation

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die

Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein autändiger Lohn bezahlt. Bei einer eventuellen Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

An Arbeiter-Organisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine eventl. direkter Verkauf zu Engrospreisen. Vertreter erhalten Provision.

Brauerherberge Stuttgart.

Unterzeichneter empfiehlt seine gut eingerichtete Herberge mit guten Betten. Billige Preise. Kalte und warme Speisen den ganzen Tag. Billardzimmer. Direkte Verbindung (Telephon) mit dem vom Brauerverein sanktionierten städtischen Arbeitsnachweis. Hochachtungsvoll

Friedrich Bräuninger, „Zum goldenen Döfchen“, Hauptstätterstraße 30.

Stuttgart. Wilh. Körcher,

Uhrmacher, Tubingerstr. 50, bei der Dinkelscherfen Brauerei, empfiehlt sein gut assortirtes Lager aller Sorten Uhren, Uhrketten und Schmuckwaaren, Silber-Herren- u. Damen-Reinheits-Uhren u. 12 Mk. an, Regulateure u. 14 Mk. an, Weckuhren u. 4 Mk. an. Nur solide Waare unter Garantie. Reparaturen schnell und billig.

Geschäftsverlegung

Berlege mein Geschäft bis zum 20. d. Mts. nach Eiberfeld, Heringstr. 19 nahe der Wädler Brauerei. Dieses den Kollegen zur gefälligen Nachricht.

M. Latz, Essen a. Ruhr. Spezialität für Brauer und Küfer.

Zürich (Schweiz). Gasthof

„Zum Rössli“ Röhligasse 7 (Juli. Chr. Schäfer) hält sich den Herren Brauereibesitzern und Küfern bestens empfohlen. Gute Betten, reale Biere und Weine. NB. Versammlungen des Brauervereins Zürich finden jed. 2. Sonntag im Monat statt.